



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Antiker und moderner Militarismus

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Antiker und moderner Militarismus



Im vierten Kapitel des Buches Nehemia heißt es: „Da aber Saneballat hörte, daß wir die Mauer bauten, ward er zornig und sehr entrüstet und spottete der Juden, und sprach zu seinen Brüdern und den Mächtigen von Samaria: Was machen die ohnmächtigen Juden? Wird man sie so lassen? Werden sie diese Steine lebendig machen, die Schutthausen und verbrannt sind? Als das Volk nun aber doch das Herz faßte zur Arbeit, und Saneballat und Tobia und die Araber und Ammoniter und Asdoditer hörten, daß die Mauern zugemacht wurden, wurden sie sehr zornig und machten allesamt einen Bund und stritten wider Jerusalem.“

Und was thaten nun die Juden in dieser schwierigen Lage, als es galt, ihre Vaterstadt wieder aufzurichten mitten unter den Feinden? Der tapfere Nehemia gab ihnen eine Wehrverfassung, die ihnen erlaubte, in gleicher Weise Krieger und Arbeiter zu sein: „Es geschah hinfürder, daß der Jünglinge die Hälfte thaten die Arbeit, die andre Hälfte hielten Speiße, Schilde, Bogen und Panzer. Und die Obersten stunden hinter dem ganzen Hause Juda, die da bauten an der Mauer. Und die da Last trugen von denen, die ihnen aufhuden, mit einer Hand thaten sie die Arbeit, und mit der andern hielten sie die Waffe. Und ein jeglicher, der da bauete, hatte sein Schwert an seine Lenden gegürtet, und bauete also; und der mit der Posaune blies, war neben mir.“

Die alten Juden waren praktische Leute; trotzdem ergaben sie sich, als es die Lage forderte, dem Militarismus, so weit das ihre Umstände nötig machten, und schränkten ihre Arbeit entsprechend ein, da sie ohne diese Einschränkung überhaupt keine Aussicht hatten, jemals fertig zu werden.

Wer sähe nicht die Ähnlichkeit in der Lage dieser alten Juden mit der der

heutigen Deutschen? Man kann ganz ruhig an Stelle von Saneballat sagen: grande nation oder einen unsrer andern Nachbarn, an Stelle des Wortes Juden: Deutsche, und es ergibt sich daraus, in welcher Weise auch wir unsern Staat weiter und fertig zu bauen und zu schützen haben. Was helfen Klagen und Vergleiche! wir haben mit der Thatsache zu rechnen, daß unsre Wehrverfassung den geographischen und historischen, den politischen und sozialen Verhältnissen unsers Volkes angepaßt sein muß, daß in diesen die Grundlagen gegeben sind, von denen wir nicht loskommen. Alles Exemplifiziren auf andre Nationen — alte und moderne — hilft nichts, sie haben nach ihren Bedingungen gelebt und ihre Lebensbedingungen im Kampf ums Dasein zu erhalten getrachtet, und wir müssen es auf unsre Weise thun. Waren früher die Kulturverhältnisse einfacher, lebten die Völker unter einseitigern Bedingungen, so konnten auch ihre Wehrverhältnisse einfacher, einseitiger sein. Ebenso wenig aber, wie man die Verwicklung der heutigen kontinentaleuropäischen Kulturen als einen Übelstand ansehen kann, so wenig kann eine richtig darauf aufgebaute Wehrverfassung ein Übelstand sein, weil sie nicht diesem oder jenem einfachen Typus entspricht.

Sehen wir einmal nach der Grundlage unsrer Wehrverfassung; vielleicht zeigt sich dabei, ob sie unsern Lebensbedingungen entspricht, oder in welchen Punkten in absehbarer Zeit eine erwünschte Änderung, d. h. eine Erleichterung eintreten kann. Ohne einen kurzen geschichtlichen Rückblick geht es dabei nicht ab.

Das alte deutsche Kaisertum ist nach mehrfachen Versuchen, seine Macht im Sinne des römischen Imperiums geltend zu machen, zu Grunde gegangen; auf dem deutschen Boden hat die staatliche Zentralgewalt zu Gunsten der Territorien abgedankt, während die Nachbarvölker in ihrem Zusammenschluß zu Nationalstaaten uns weit vorausgeeilt sind. Natürlich sind diese Nachbarn dadurch lange Zeiträume hindurch viel stärker als wir. Unsre Nachbarn sind zwar keine bössartigen Leute, aber wie das bei Nachbarn zu sein pflegt: ihre Scheuer ist ihnen lieber als unser Haus, und so sehen sie bei Interessenkonflikten zunächst nach dem Thren. Da wir leider nicht mit gleicher Kraft unsre Interessen wahrnehmen können, so geht es weiter bergab mit uns, und im siebzehnten Jahrhundert, nachdem die volle Souveränität der Territorien verfassungsmäßig anerkannt ist, da ist Deutschland so eine Art Dispositionsgebiet geworden, aus dem sich jeder Nachbar eine „Entschädigung,“ einen ihm gefallenden Fetzen herausreißt. Schon viel früher hat wenig gefehlt, daß ein Großburgund, ein Großböhmen oder Großungarn eine Art von Teilung Deutschlands bewirkt, aber noch zu Beginn des vorigen Jahrhunderts — das sind jetzt zweihundert Jahre, ein kleiner Zeitraum vom geschichtlichen Standpunkt aus — steht es so, daß Vorpommern, Bremen und Verden schwedisch, Schleswig-Holstein dänisch, Westpreußen polnisch ist, daß Hannover mit England in

Personalunion verbunden, das Elsaß mit Straßburg eben französisch geworden ist. Der König von England ist als Kurfürst von Hannover, der König von Polen als Kurfürst von Sachsen, die Herrscher von Schweden und Dänemark sind als Besitzer deutscher Territorien deutsche Reichsstände, von den nicht-deutschen Interessen des habsburgischen Kaisers zu schweigen; es ist sogar ernstlich die Frage erwogen worden, den König von Frankreich als Besitzer des Elsaß in den Kreis deutscher Fürsten aufzunehmen. Diesen Thatsachen entspricht es, daß, soweit von politischen Interessen in Deutschland überhaupt noch die Rede ist, diese Interessen fast ausschließlich fremdländische sind. Ist es nicht fast ein Wunder zu nennen, wie sich dieses Chaos in dem Zeitraum von etwa anderthalb Jahrhunderten zu einer starken nationalen Organisation geklärt hat? Was hat diesen Wandel herbeigeführt? Der staatlich zusammengefaßte Wille des Volkes unter Führung der Hohenzollern! Was ist das Mittel gewesen? Die Waffen und nur die Waffen. Der Traum vom ewigen Frieden ist schon alt, hat sich aber bei Interessenkonflikten noch immer nicht verwirklichen lassen. Zur Zeit der Bauernbewegung gingen die Forderungen auch schon auf Herstellung von Ruhe und Frieden, die alten Bauern hatten radikal, und einsichtiger als Frau von Suttner, gleich hinzugefügt: wer nicht für den allgemeinen Frieden ist, wird totgeschlagen, wenn er nicht gegen den Türken ziehen will.

Der große Vorläufer des deutschen Nationalstaates ist niemand anders als König Friedrich der Große. Wer die politisch-militärische Korrespondenz des Königs aus dem siebenjährigen Kriege durchsieht, ist überrascht von der klaren Erfassung der deutschen Frage; sein Eintreten für das Haus Wittelsbach, sein letztes Werk, der Fürstenbund, alles ist von dem gleichen nationalen Geiste durchweht. Thörichterweise hat gerade der Liberalismus an der Vorliebe des Königs für die französische Sprache und französische Einrichtungen gern gemäkelt. Als ob der westdeutsche Liberalismus nicht bis 1848 und noch länger in französischen Mustern sein Vorbild gesehen hätte. Und beides von Rechts wegen! Denn Frankreich war uns seinerzeit in diesen Dingen voraus, und der Zusammenhang der westeuropäischen Kultur ist eine Thatsache, an der heute wohl niemand mehr zweifelt.

Der zweite Große, der hier zu nennen ist, der eigentliche Fortsetzer Friedrichs auf militärischem Gebiet ist Scharnhorst. Er mit seinen Freunden und Schülern hat im Anfange dieses Jahrhunderts die noch heute bestehenden Grundlagen des nationalen Heeres geschaffen.

„Alle Bewohner des Staates sind geborne Verteidiger desselben,“ das ist der § 1 seines Entwurfs für die Bildung einer Reservearmee, und damit ist das französische Prinzip der Konstriktion, das Stellvertretung und Loskauf gestattet, durch das höhere der wirklichen allgemeinen Wehrpflicht überholt. Auch das Krümpersystem ist nur eine neue Rekrutierung; man entließ nicht die Neueingestellten nach wenigen Monaten, sondern statt ihrer die ältesten Soldaten.

Nun sind in den Grenzboten kürzlich zwei schon sehr verbreitete, aber völlig irrtümliche Anschauungen zu Worte gekommen, die geeignet sind, den Sinn der ganzen Einrichtung überhaupt in Frage zu stellen, die aber dem Geiste Scharnhorsts völlig fern gelegen haben.

Der eine dieser Irrtümer ist, daß Scharnhorsts Ideal auf das abgezielt habe, was man heutzutage kurzweg mit dem Namen Milizsystem bezeichnet, und der andre liegt darin, daß eine Verteidigung des Vaterlandes — und natürlich auch seiner Lebensinteressen, wie wir gleich hinzufügen wollen, damit die Sache völlig klar werde — eben auch militärisch nur eine Abwehr des Feindes von der von uns bewohnten Scholle nötig mache.

In ersterer Beziehung ist darauf hinzuweisen, daß Scharnhorst überhaupt kein theoretisches Ideal zu verwirklichen geneigt war, sondern praktisch die Frage zu lösen hatte, auf welche Weise man unter den damaligen Verhältnissen die Franzosen aus dem Lande zu schlagen vermöchte. Bei allen seinen Reformen mußte er damit rechnen, binnen kürzester Zeit den Entscheidungskampf auf Tod und Leben sozusagen über Nacht ausbrechen zu sehen, und für diesen war alles auf die Beine zu bringen, was eine Flinte oder eine Pike halten konnte. 1809 und mehr noch 1811 war schon der Krieg in Sicht, wie wäre es da möglich gewesen, ein System durchzuführen, das erst nach einer längern Reihe von Jahren die Reihen der Kämpfer füllt. Man mußte sich helfen, wie man konnte, und man half sich, das war die Hauptsache. Ferner mußte man den Entscheidungskrieg unter den Augen und unter dem Drucke des mißtrauischen Feindes vorbereiten, der jede von ihm gemißbilligte Regung in brutalster Weise unterdrückte. Diese Umstände dürfen nicht vergessen werden, wenn der Sinn der thatsächlich getroffenen Anordnungen beurteilt werden soll. Diese Anordnungen sind den vorhandenen Mitteln und Verhältnissen, sowie der zu erfüllenden Aufgabe genau angepaßt, und halten sich von aller Prinzipienreiterei so fern, daß noch zu Anfang der dreißiger Jahre ein Historiker wie der Professor Johannes Voigt aussprechen konnte, Scharnhorst sei zwar ein gebildeter, aber so einseitiger Soldat gewesen, daß es kaum abzusehen sei, wie in seinem Geiste die Idee einer Landwehr oder Volksbewaffnung habe entstehen können, während andre ihn für einen Gegner der stehenden Heere und einen Vertreter des Milizsystems angesehen haben und zum Teil wohl noch heute ansehen. Beides ist falsch. Boyen, einer der nächsten Vertrauten Scharnhorsts, giebt in seinen „Beiträgen zur Kenntnis des Generals Scharnhorst“ dessen allgemeine Anschauung dahin wieder, daß er „den Ordnungssinn, den Gehorsam, das Ehrgefühl und den kriegerischen Geist, der sich bei richtiger Behandlung in den stehenden Heeren erzeugen läßt, sehr hoch hielt und sogar glaubte, daß, je weicher die Sitten der Nationen würden, die Staaten desto mehr besondrer Kriegsanstalten bedürften, in denen ebenso die Kriegswissenschaft fortschreitend praktisch ausgebildet, als auch kriegerische Formen und Gesinnungen zur Selbst-

ständigkeit der Staaten und Völker erhalten würden, und in dieser Hinsicht trennte er sich allerdings wieder von denen, die mit dem einzigen Worte »Volksaufgebot« alle politisch-militärischen Aufgaben eines europäischen Kontinentalstaats zu lösen glauben, da im Gegensatz von diesen der General ein nach den Kräften und der Lage jedes Landes richtig abgemessenes, zeitgemäß gebildetes Heer als den notwendigen Kern jeder Landesbewaffnung ansah.“

Was nun den zweiten Punkt, den der „Verteidigung“ des Vaterlandes anlangt, so hat dieser schon viel Unheil angerichtet. Wer mag heute die politische Notwendigkeit des Krieges von 1866 noch bestreiten, und doch war er seinerzeit unpopulär und kein Verteidigungskrieg im engern Sinne. Wie oft im Laufe gerade der deutschen Geschichte ist nicht eine trostlose Zersplitterung verbundner Kräfte und damit die Niederlage gemeinsamer Interessen eingetreten, weil jeder Einzelne nur seinen Herd schützen und verteidigen wollte. Man könnte fast sagen, es sei das Schema einer langen Periode der deutschen Geschichte von den Kämpfen der Städte gegen die Territorien und den Kämpfen der Schmalkaldner bis zum Mainfeldzuge 1866. Die Unfähigkeit des alten Reiches zu Offensivunternehmungen großen Stils hat schließlich jedesmal zu seinem Unterliegen gegen schwächere Nachbarn geführt. Eine wunderliche Theorie der Kriegführung — was verstünde der Deutsche nicht zu systematisieren! — hat dann diese Art Verteidigung des Landes in ein System gebracht; der Einsicht, daß dieses System für einen mitteleuropäischen Staat mit offenen Grenzen zum völligen Unsinn wird, während seine Gegner daran festhielten, verdankt vor allem König Friedrich seine Erfolge.

Nur selten liegen die politischen Verhältnisse, die den Krieg nötig machen, so klar wie 1813, und doch können so wichtige Lebensbedingungen des Volkes auf dem Spiele stehen, daß eine Regierung mit vollem Bewußtsein die schwere Verantwortung des Krieges auf sich nehmen muß, um nicht eine schwerere auf sich zu laden. Ist diese Lage da, so ist militärisch die Offensive geboten, wie ja überhaupt militärisch nur die Offensive Erfolge bringen kann. Nur im Hiebe liegt die Kraft des Schwertes. Eine Truppe, deren Verwendung durch Gesetz örtlich beschränkt ist, verliert den größten Teil ihres Wertes; die Einschränkung des Gebrauchs der ostpreussischen Landwehr auf die Provinz war einer der wesentlichsten Punkte, die Scharnhorst 1813 zur Beanstandung des Provinzialentwurfs veranlaßten. Wie anders wäre der uns aufgedrungne Krieg von 1870 verlaufen, hätten wir uns auf die „Verteidigung des Vaterlandes“ im engern Sinne beschränkt! In seinen letzten Folgen würde ein solches Verteidigungssystem zur chinesischen Mauer oder zum Burgenbau der Stauferzeit führen.

Es ist klar, nur Staaten, die im strengen Sinne überhaupt keine selbständige auswärtige Politik treiben, können sich auf die Verteidigung ihres heimatlichen Bodens beschränken; ein Staat, der europäische oder gar Weltpolitik treiben

will, oder treiben muß, weil er so weitgehende große Interessen hat, muß eben auch so weit wirken können.

Die Verteidigung des heimatlichen Bodens haben wir folglich als die geringste der Forderungen anzusehen, der sich selbst ein von verbürgter Neutralität geschützter Staat nicht entziehen darf, wenn das Volk seinen Willen zur Selbständigkeit überhaupt noch bekunden will.

Will man sich auf dieses Minimum beschränken, so muß man auch folgerichtigerweise jeden „Großmachtskitzel“ als eine krankhafte Regung unterdrücken. Soweit werden nun doch nur wenige verbissene Doktrinaire noch gehen wollen; die ungeheure Mehrheit des Volkes freut sich, daß wir mit dem Bau des Reiches und seiner Mauern vorwärts gekommen sind. Hier und da wird aber wohl nach dem Zeitpunkt gefragt, wann wir vielleicht das Schwert von den Lenden thun könnten. Man kann sogar die Ansicht hören, ob es nicht besser sei, mit einem großen Kriege (dessen Ausgang als unbedingt glücklich vorausgesetzt wird) eine vielleicht(?) bessere Zukunft einzuleiten.

Wir werden also, nachdem wir gesehen haben, woher wir kommen, die Fragen: wo sind wir? und wohin treiben wir? zu beantworten suchen müssen. Überall und zu allen Zeiten sehen wir im geschichtlichen Werden das Aufsteigen zu höhern Organisationen; wer nicht mit seinen Konkurrenten Schritt halten kann, der wird im Kampfe ums Dasein unter die Füße getreten, auch im Wettkampfe der Nationen. Empfindsame Naturen mögen das schrecklich finden, aber der zu verantwortungsvollem Handeln berufne darf nur mit den Thatfachen rechnen. Nur in Deutschland kann man von gemeinsamen internationalen Interessen des arbeitenden Volkes schwärmen, Engländer, Franzosen, Russen, Polen und Magyaren denken darin ganz anders; wer noch zu belehren ist, dem haben in den letzten Jahren die Augen darüber aufgehen müssen. Träte der Fall ein, das arbeitende Volk käme mit einem Schlage überall in den ausschließlichen Besitz der Macht, so würden die deutschen Genossen sofort erfahren, wessen sie sich von den französischen und englischen „Brüdern“ zu versehen haben, und würden binnen kürzester Frist die Wege der von ihnen so bitter getadelten Regierung wandeln.

In dem Kernpunkt aller politischen Gesinnung, der opferwilligen Unterordnung des Einzelnen unter die Gesamtheit und der thätigen Förderung der gemeinsamen Interessen übertreffen die deutschen Arbeiter fast alle Parteien. Es ist sicher zu erwarten, daß sie auch lernen, sich von Doktrinen loszumachen, ihre Ziele richtig zu wählen und Geschäfte praktisch zu treiben, dann werden sie eine der besten Stützen des Staates sein.

Unter den europäischen Völkern sehen wir Rußland und England sich zu ungeheuern wirtschaftlichen und politischen Organisationen auswachsen, und in den Vereinigten Staaten von Amerika ist ein drittes ebenbürtiges Gebiet vorhanden. Dürfen und können wir uns da in stiller Selbstbescheidung des

Friedens am heutigen Tage freuen, und im übrigen die Hände in den Schoß legen, wenn hinten weit in der Türkei die Völker aufeinander schlagen, und bei uns zu Hause nur schön alles beim Alten lassen? Wer sieht nicht, daß das der Anfang vom Ende wäre!

Nein, das deutsche Reich ist nicht von unsern Großvätern ersehnt, von den Vätern in seinem jetzigen Zustande geschaffen worden, damit wir es nun bequem haben und über Theorien weitergrübeln können, sondern es verpflichtet uns, weiter kräftig zu handeln und den Rest der Welt nicht vergeben zu lassen, ohne daß auch der Deutsche sein richtig gemessenes Teil davon erhält. Und auf richtiges Maß und Gewicht wollen wir sehen und dabei mitreden. In einer engen Verbindung mit Österreich in wirtschaftlicher und politischer Beziehung vertreten wir eine Bevölkerung von hundert Millionen, und bei kräftiger Organisation sind wir dann den Anforderungen jeder Lage vorläufig gewachsen.

Sehr langsam ist bei den Deutschen erst in diesem Jahrhundert politisches Verständnis in weitem Kreise wieder erwacht; zum großen Teil leidet das verehrte Publikum entweder an Kurzsichtigkeit, die nur den eignen Kirchturm sehen kann und die Hand auf das Portemonnaie hält, oder an einem fernsichtigen Idealismus und Kosmopolitismus, der über den ersten Stein auf dem Wege stolpert. Aber in dem stetigen Aufsteigen ist nichts so wichtig, wie das Aufsteigen von Stufe zu Stufe. Wie oft haben hochstrebende deutsche Führer ihr Ziel verfehlt, weil sie vermeinten, es in einem Sprunge erreichen zu können.

In den Himmel zu springen, das ist nicht verboten,
Doch die es versuchen, mögen sich hüten,
Den Hals zu brechen,

läßt Jordan seinen Siegfried warnen.

Das kleindeutsche Programm hat seine Erfüllung gefunden, aber wir empfinden schon heute, daß es auf die Dauer den Entwicklungsansprüchen unsers Volks nicht mehr genügt. Im engen Zusammenschluß des deutschen Reichs mit Österreich gehen auch Österreichs orientalische Interessen zum größten Teil auf uns über; nur durch diesen Zusammenschluß gewinnt Österreich die Hoffnung auf eine neue und bessere Zukunft. Für Österreich im deutschen Reiche, für das deutsche Reich in Österreich und im Orient liegt die Abrundung zu einem selbständigen Wirtschaftsgebiet, nur so können wir unsre Bevölkerung auch bei allen Kriegseventualitäten selbst längere Zeit ernähren, dort soll unser Bevölkerungsüberschuß Aufnahme finden, ohne der Nation verloren zu gehen, ein Punkt, der nachgerade anfängt, ernste Bedenken zu rechtfertigen, und von Jahr zu Jahr dringender wird.

So stehen die beiden Mächte abermals, wie schon so oft, vor der Wahl,

einig mit den besten Ausichten der Zukunft entgegenzugehen, oder vereinzelt den gemeinsamen Gegnern zu erliegen. Wird man aus der Geschichte gelernt haben? Im Osten steht das Wetter am Himmel, alle Welt wartet auf die erste Entladung.

Mag man nun aber in dieser Beziehung auch keine Besorgnisse hegen, niemand wird von den erwarteten Auseinandersetzungen eine rasche allgemeine Beruhigung erwarten dürfen. Nur wenn es gelänge, alle großen Interessenkonflikte zu lösen, oder wenn einer der Beteiligten dauernd auf die Wahrnehmung seiner Interessen verzichten wollte, dann wäre der Zeitpunkt gekommen, wo wir an „abrüsten“ denken könnten. Vorläufig können wir diese Zukunft nicht absehen, und noch auf lange hin wird jedem deutschen Blutstropfen etwas von dem Eisen des Krieges beigemischt sein müssen. Der verstorbene Feldmarschall Moltke hat im Reichstage ausgesprochen: „Was wir in fünf Monaten mit den Waffen gewonnen haben, das werden wir fünfzig Jahre lang mit den Waffen schützen müssen.“

Ein sonderbarer Irrtum — sogar in Deutschland — hat gemeint, wir würden seit 1870 im schönsten Frieden mit Frankreich gelebt haben, wenn wir nicht den „Fehler“ der Annexion von Elsaß und Lothringen gemacht hätten. Aber Frankreich beklagt vielmehr den Verlust an prestige und gloire als Elsaß, und wir büßen dafür, daß uns unsre Verbündeten und Metternich 1815 an der Rücknahme gehindert haben. Die Revanche für Waterloo an den Preußen, die sich erlaubt hatten, die französische Nation zu besiegen, hat sehr lange gespukt, ihr entsprangen die Revolution von 1830, die Kriegsdrohungen von 1840 und die Wiederherstellung des Kaiserreichs, bis sich nach einem halben Jahrhundert der alte Herzenswunsch des französischen Volks 1870 entlud. Die preußischen Staatsmänner haben 1815 einstimmig vorausgesagt, daß unsre offen gebliebne Südwestgrenze eine neue Einmischung Frankreichs in die deutschen Verhältnisse zur Folge haben müsse, und der württembergische Thronfolger hat offen anerkannt, daß der mangelnde Schutz die größte Versuchung für die süddeutschen Regierungen zu französischen Neigungen sei. Kein vernünftiger Mensch wird einsehen, warum unter allen Grenzen allein die französischen unantastbar sein sollen, während Frankreich ohne weiteres alle angetastet hat. Im Gegenteil, wenn etwas Frankreich den Entschluß zu einem neuen Kriege zu erleichtern geeignet war, so wäre es die Überzeugung gewesen, daß Frankreich auch die ruchloseste Herausforderung mit einer Geldstrafe abmachen könne, die Sicherheit seines Gebiets ungefährdet bleiben müsse, und es in ein paar Jahren in gleicher Macht wieder dastehen würde. Selbst einer der größten Franzosenfreunde, der englische Gesandte Castlereagh hat 1815 erklärt: „Fortgesetzte Ausschreitungen Frankreichs können in künftigen Tagen Europa zur Zerstückelung Frankreichs nötigen.“

Wie sich gezeigt hat, hat der europäische Friede durch den Krieg von 1870

und seine Folgen so viel gewonnen, daß Frankreich ohne Bundesgenossen so leicht keinen großen Krieg mehr unternehmen wird, zumal da ihm seine Sehnsucht nach gloire nicht mehr durch ein halb aus Söldnern, halb aus den untersten und ärmsten Volksklassen bestehendes Heer befriedigt werden kann. Aber so wie Elsaß-Lothringen, so wird auch in Zukunft jede neue Errungenschaft nur durch Kampf zu gewinnen und nur durch unsre Macht zu behaupten sein. Natürlich ist nicht gemeint, daß jeder Interessenkonflikt zum Kriege führen müsse. Aber hinter den Notenkämpfen der Staatsmänner müssen in letzter Instanz die Kanonen als ultima ratio stehen. So sind die Waffen bei dem Notenaustausch das, was die Zahlungsfähigkeit des Geschäftsmannes bei seinen Geschäften ist. Der Staatsmann, der seine Noten nicht „realisieren“ kann, hat noch immer zusehen müssen, wie seine Proteste unter Hohnlachen beiseite gelegt worden sind.

Wer würde die großen Mittel, die die bewaffnete Macht kostet, nicht lieber zu noch bessern Zwecken verwenden? Aber vorläufig bei der Lage der Dinge, wie sie in Europa ist und auch nach dem nächsten Kriege wohl bleiben wird, gleicht der Deutsche, der wider den bösen Militarismus eifert, dem Manne, der den Ast absägt, auf dem er sitzt; es hilft nichts, wenn er auch ein wenig drücken mag hier und dort.

Vielleicht zeigen wir in einem folgenden Aufsatz, wie eng das Heerwesen immer mit dem Begriff und dem Wesen des Staats und den sozialen Verhältnissen des Volks zusammengehangen und diese sogar oft genug ganz wesentlich beeinflusst hat, weil der Einzelne eben wie der Staat zuerst überhaupt bestehen muß. Hier wollen wir mit der Bemerkung schließen, daß das Nebeneinander der europäischen Völker in ihrer steten Wechselwirkung aufeinander sie nicht nur vor chinesischer Erstarrung bewahrt, sondern sie auf eine Kulturhöhe gehoben hat, die ihnen noch auf lange hin die erste Stelle sichert und sie befähigt, den Erdball zu umspannen und zu beherrschen. Die Rehrseite dieses Nebeneinanders liegt in der Bewachung und Wahrung der Einzelinteressen gegen Übergriffe der Nachbarn. Erst die technischen Mittel des neunzehnten Jahrhunderts erlauben es, die vollen Konsequenzen dieser Befähigung zu ziehen, aber gerade darum wird das nächste Jahrhundert noch manche Frage auszutragen haben, bevor die wider einander streitenden Interessen ausgeglichen sind.

Es war ein einsichtiger Belgier, der bei den Militärdebatten in der Kammer die schönen Worte sprach: „Ich hoffe, daß in Zukunft aus unsern Wahlkämpfen die Bezeichnung Militaristen und Antimilitaristen verschwinden wird. Ich hoffe auch, daß man sich erinnern wird, daß die Antimilitaristen die sind, die die Gefahr nicht vorherzusehen imstande sind; ich hoffe ferner, daß man sich erinnern wird, daß es nur kurzfristige, nach eitler Popularität haschende Leute sind, die ihren Wählern sagen, daß sie nicht die schweren Lasten wollen, die die Armee dem Lande auferlegt. Ich spreche laut den Wunsch aus, daß

die Frage der Armee für uns alle eine nationale Frage erster Klasse sei, und nichts als eine nationale Frage.“

Der Mann war nicht nur ein großer Patriot, sondern auch ein wahrer Volksfreund; möchte recht bald bei uns allgemein erkannt werden, daß beide Bezeichnungen zusammenfallen.



Zoll- und handelspolitische Ausichten



ie ganze Einseitigkeit und Oberflächlichkeit, womit in einem großen Teile der Presse die Fragen des öffentlichen Lebens behandelt werden, hat sich wieder einmal bei der Beurteilung der Äußerungen gezeigt, die der Staatssekretär des Reichsschatzamts Graf von Posadowsky bei der Beratung des Quebrachzollens über die Revision des autonomen Zolltarifs, über die gegenwärtig durch die Handelsverträge geschaffne Lage und über die Zollabänderungen gethan hat, die wir nach Ablauf und Neuabschluß der Handelsverträge vorzunehmen in der Lage sein werden. Man hat sich zunächst aus diesen Äußerungen einen Gegensatz zwischen den handelspolitischen Anschauungen der Staatssekretäre des Reichsschatzamts und des Auswärtigen Amtes*) konstruiert, hat dann darin ein verheißungsvolles Eingehen auf die einseitigen agrarischen Forderungen der Konservativen erblicken zu dürfen geglaubt und daraus natürlich wieder einmal auf eine mangelnde Übereinstimmung unter den verschiedenen Ressorts der Reichsregierung geschlossen. Es mag ja sein, daß Graf Posadowsky in Sachen der Handelsvertragspolitik nicht ganz auf dem festen und entschiednen Standpunkte steht, wie sein Kollege im Auswärtigen Amte, daß er nicht so zu den unbedingten Verteidigern dieser Politik wie Freiherr von Marschall gehört. Aus den Äußerungen aber, die er bei der Beratung des Quebrachzollens über den Zolltarif und die Handelsverträge gethan hat, kann man solche Schlüsse nicht ziehen, ohne der Lage wie seinen Worten Gewalt anzuthun.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die gegenwärtige Lage. Die

*) Dieser Aufsatz, der einen gelegentlichen Mitarbeiter dieser Zeitschrift im Südwesten unsers Vaterlandes zum Verfasser hat, ging uns zu, bevor Staatssekretär Freiherr von Marschall in der Reichstagsitzung vom 8. d. Mts. seinerseits Stellung zu den Auslassungen des Grafen von Posadowsky genommen hatte. Da unser Gewährsmann die wirtschaftspolitische Lage aber damals schon in völliger Übereinstimmung mit dem Staatssekretär des Auswärtigen beurteilte, so haben seine Ausführungen durch dessen Erklärung eher gewonnen als verloren. D. R.

durch das Arbeitsamt direkt — braucht keine Farce zu sein, auch wenn eine Zwangsvollstreckung von Richtersprüchen, ja Richtersprüche überhaupt nicht vorgesehen werden, und obgleich sich in Deutschland die Gewerbegerichte als Einigungsämter nicht bewährt haben. Daß man in Frankreich den Friedensrichtern mit ihrer alt eingelebten öffentlichen Autorität die Aufgabe übertragen hat, den Staat in Ausstandsfällen zu vertreten, giebt vielleicht einen Fingerzeig für vorläufige Reformen auch in Deutschland. Jedenfalls ist die schnelle Feststellung des Thatbestands durch die Friedensrichter nach den in Frankreich seither gemachten Erfahrungen von hohem praktischem Wert, und die amtliche Würdigung der ganzen Einrichtung spricht trotz der großen ihr anhaftenden Unvollkommenheiten von Jahr zu Jahr lauter dagegen, daß man eine Farce vor sich habe. Je eher die Friedensrichter eingreifen, um so größer ist Aussicht auf baldige friedliche Beilegung der Ausstände. Freilich besteht kein Zwang für die Parteien, sich auf das Verfahren einzulassen, auch nicht für den Friedensrichter, es zu eröffnen, aber man hofft in Frankreich, daß die Sitte mit der Zeit den Zwang ersetzen werde, den das Gesetz — unsrer Meinung nach viel zu zaghaft — nicht wagt. Gerade weil es sich nur um die Feststellung des Thatbestands vor dem Friedensrichter handelt, nicht um die Gewinnung vollstreckbarer Urteile, gerade deshalb hofft man in Frankreich auf gute praktische Erfolge durch den Zwang der Sitte. Wir unsrerseits halten den Zwang zur Feststellung des Thatbestands unter gesetzlich zu bestimmenden Umständen für möglich und nötig. Die nützlichen Wechselbeziehungen zwischen diesen örtlichen Stellen und dem zentralen Arbeitsamte werden sich für praktische Menschen bei der Organisation ganz von selbst ergeben. Die ganze Frage kann heute unmöglich schon mit einem fertigen Gesetzesentwurf, der alle Einzelheiten und deren Folgen vorfieht, beantwortet werden. Es müssen gewissenhafte Vorarbeiten und vorläufige, rein palliative Vorkehrungen der endgiltigen Lösung vorangehen. Aber für diese Vorarbeiten selbst ist schon die Schaffung des Arbeitsamts nötig. Leider haben wir aus den Vorgängen der jüngsten Vergangenheit nicht die Überzeugung gewinnen können, daß man sich in den Regierungskreisen auch nur zu diesen Vorarbeiten entschließen will. Es soll, wie es scheint, so fortgehen wie bisher; die zweite Abteilung des Reichsamts des Innern ist ja dazu da!

Wenn die Hamburger Nachrichten vor solchen Forderungen „warnen,“ weil sie direkt in den sozialistischen Staat hineinführen würden, so möchten wir sie daran erinnern, daß sie für den Antrag Kanitz eingetreten sind; wenn sie aber die Warnung — und darauf kommt es ihnen wohl hauptsächlich an — weiter damit begründen zu müssen meinen, daß das Arbeitsamt „der Bürokratie eine Macht in die Hand geben würde, deren Größe doch nicht im Verhältnis zu dem Vertrauen steht, welches ihr vom Volke entgegengebracht wird,“ so richtet sich dieser Angriff offenbar nicht gegen die in Frage stehenden Forderungen, sondern gegen die Machtfstellung des Staats als solchen. Das Schlagwort „Bürokratie“ kann den Einsichtigen nicht täuschen, so wenig es auch auf die Masse seine Wirkung verfehlt, mag es von der agrarischen, der freisinnigen oder der sozialdemokratischen Demagogie in den Mund genommen werden. Wir unsrerseits sind der Ansicht, daß der Staat in dem Interessenkampfe von heute mehr als je auf sein Beamtentum angewiesen ist, und wir hoffen, daß nach dem Vorbilde des alten preußischen Beamtentums die deutsche Beamtentreue für Kaiser und Reich eine noch unwandelbarere Stütze werden wird, als das altpreußische Vasallentum, das zur Fronde bereit ist, wenn es sich verlezt fühlt.

Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig